Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 27 München, den 31. Dezember 1998

Datum	I n h a l t	Seite
29.12.1998	Drittes Gesetz zur Überleitung von Zuständigkeiten 1102-9-S	1013
29.12.1998	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung ... 1102-1-S	1014
12.12.1998	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Land Rheinland-Pfalz zur Änderung der Staatsverträge über die Zugehörigkeit rheinland-pfälzischer Berufsgruppenmitglieder zu den bayerischen Versorgungsanstalten 763-3-I, 763-4-I, 763-6-I, 763-8-I, 763-11-I	1016
12.12.1998	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrags zwischen dem Freistaat Bayern und dem Freistaat Sachsen über die Zugehörigkeit der kammerangehörigen Ingenieure des Freistaats Sachsen zur Bayerischen Ingenieurversorgung-Bau 763-18-I	1016
15.12.1998	Fünfte Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung 2030-2-1-2-F	1017
15.12.1998	Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für herausragende besondere Leistungen (Bayerische Leistungsprämien- und Leistungszulagenverordnung – BayLPZV –) 2032-3-1-6-F	1020
22.12.1998	Verordnung über Stellenobergrenzen für den mittleren Dienst bei den Justizvollzugsanstalten (JVollzStOV) 2032-2-85-J	1022
22.12.1998	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe 2122-5-A	1023
22.12.1998	Verordnung über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustVVerk) 9210-2-W	1025
23.11.1998	Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über den „Naturpark Frankenwald“ 791-5-8-U	1037
1.12.1998	Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe in den bayerischen Staatsbädern Bad Steben, Bad Kissingen, Bad Brückenau und Bad Bocklet (Kurtaxordnung für die nordbayerischen Staatsbäder) ... 2013-4-2-F	1038
1.12.1998	Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe im bayerischen Staatsbad Bad Reichenhall (Kurtaxordnung für das Bayerische Staatsbad Bad Reichenhall) 2013-4-1-F	1043
7.12.1998	Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz 300-3-1-J	1046

Dieser Ausgabe liegt die Inhaltsübersicht 1998 bei

Datum	Inhalt	Seite
15.12.1998	Fünfte Verordnung zur Änderung der Kehr- und Prüfungsgebührenordnung 215-2-11-I	1048
19.12.1998	Zweite Verordnung zur Änderung der Regionsbeauftragtenverordnung 230-1-6-U	1048
21.12.1998	Verordnung zur Rückübertragung von Aufgaben nach dem Gesundheitsdienstgesetz 2120-1-8-A	1049
22.12.1998	Verordnung über Feldes- und Förderabgaben 750-10-W	1050
22.12.1998	Verordnung über die Betriebsleiter nichtbundeseigener Eisenbahnen in Bayern 932-1-1-W	1054
29.12.1998	Zweite Verordnung zur Änderung der Hochschulgebührenverordnung 2210-1-9-K	1056
2.12.1998	Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung der Vierten Änderung des Regionalplans der Industrieregion Mittelfranken (7) 230-1-12-U	1057
2.12.1998	Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung der Dritten Änderung des Regionalplans der Region Donau-Wald (12) 230-1-17-U	1057
—	Berichtigung der Fünften Verordnung zur Änderung der Qualifikationsverordnung vom 15. September 1998 2210-1-1-3-K	1058
—	Druckfehlerberichtigung der Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung der Vierten Änderung des Regionalplans der Region Oberpfalz-Nord (6) vom 1. Oktober 1998 230-1-10-U	1058

1102-1-S

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung

Vom 29. Dezember 1998

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird:

§ 1

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung (BayRS 1102-1-S), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Juli 1998 (GVBl S. 385), wird wie folgt geändert:

1. Art. 3b Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Mit dem Amtsverhältnis zusammenhängende Vergütungen für Nebentätigkeiten als Aufsichtsrat, Vorstand oder in einem sonstigen Organ einer Gesellschaft im Sinn des Art. 3a Abs. 1 Sätze 2 und 3, für entsprechende Nebentätigkeiten bei öffentlich-rechtlich organisierten Unternehmen sowie für Nebentätigkeiten bei Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die von Mitgliedern der Staatsregierung ausgeübt werden, stehen dem Freistaat Bayern zu und sind an die Bayerische Landesstiftung und an die Bayerische Forschungstiftung zu gleichen Teilen abzuführen.“
 2. Art. 10 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. eine Dienstaufwandsentschädigung, und zwar

 - der Ministerpräsident in Höhe von 2 300 DM
 - der Stellvertreter des Ministerpräsidenten in Höhe von 1 800 DM
 - die Staatsminister in Höhe von 1 300 DM
 - die Staatssekretäre in Höhe von 800 DM;“
 3. Es wird folgender Art. 10a eingefügt:

„Art. 10a

§ 14a des Bundesbesoldungsgesetzes gilt sinngemäß.“
 4. Art. 14 Abs. 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
 - b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Ein Verzicht auf das Übergangsgeld ist zulässig.“
 5. Art. 15 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Der Anspruch auf Ruhegehalt ruht bis zum Beginn des Monats, in dem das ehemalige Mitglied der Staatsregierung das 60. Lebensjahr oder bei einer insgesamt mindestens achtjährigen Amtszeit das
 55. Lebensjahr vollendet oder in dem die Staatsregierung den Eintritt der Dienstunfähigkeit im Sinn des Bayerischen Beamtengesetzes feststellt.“
6. Art. 22 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
 - bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Für die Anwendung des Satzes 1 gilt das Übergangsgeld auf Grund eines früheren Amtsverhältnisses als ruhegehaltähnliche Versorgung.“
 - b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Auf das Übergangsgeld wird Erwerbseinkommen aus einer privaten Tätigkeit (Absatz 7) angerechnet.“
 - c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) ¹Bezieht ein Versorgungsberechtigter Erwerbseinkommen aus einer privaten Tätigkeit (Absatz 7), erhält er daneben seine Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Satz 2 bezeichneten Höchstgrenze. ²Als Höchstgrenze gelten

 1. für ehemalige Mitglieder der Staatsregierung sowie für deren Witwen die ruhegehaltfähigen Amtsbezüge,
 2. für Waisen 40 v.H. des Betrags, der sich nach Nummer 1 ergibt.

³§ 53 Abs. 3 und 4 des Beamtenversorgungsgesetzes sind sinngemäß anzuwenden. ⁴Dem Versorgungsberechtigten ist mindestens ein Betrag in Höhe von 20 v. H. seines Versorgungsbezugs zu belassen. ⁵Die Anrechnung endet mit Ablauf des Monats, in dem der Versorgungsberechtigte das 65. Lebensjahr vollendet.“
 - d) Es werden folgende Absätze 7 und 8 angefügt:

„(7) Erwerbseinkommen aus einer privaten Tätigkeit sind Einkünfte im Sinn des § 53 Abs. 7 des Beamtenversorgungsgesetzes, das nicht Verwendungseinkommen nach § 53 Abs. 8 des Beamtenversorgungsgesetzes ist.

(8) ¹Bei der Anwendung der Absätze 1 und 2 ist der neben dem Ruhegehalt oder den Hinterbliebenenbezügen jeweils zustehende Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes in den Betrag der früheren und der neuen Versorgungsbezüge einzubeziehen. ²Bei der Anwendung von Absatz 6 ist der neben

den Versorgungsbezügen zustehende Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes bei der Ermittlung der Höchstgrenze einzu beziehen.“

7. Es wird folgender Art. 25b eingefügt:

„Art. 25b

(1) ¹Für die am 1. Januar 1999 vorhandenen ehemaligen Mitglieder der Staatsregierung findet Art. 15 Abs. 1 Satz 2 in der bis dahin geltenden Fassung Anwendung. ²Das gleiche gilt für die am 1. Januar 1999 vorhandenen Mitglieder der Staatsregierung, wenn sie zu diesem Zeitpunkt eine Amtszeit von insgesamt mindestens vier Jahren vollendet haben.

(2) Art. 22 Abs. 6 findet auf die am 1. Januar 1999 vorhandenen ehemaligen Mitglieder der Staatsregierung und ihre Hinterbliebenen in der bisher geltenden Fassung Anwendung, längstens jedoch für weitere sieben Jahre.“

§ 2

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung mit neuer Artikelfolge und Artikelüberschriften neu bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1999 in Kraft.

München, den 29. Dezember 1998

Der Bayerische Ministerpräsident

Dr. Edmund Stoiber